70. Jahrgang. № 26 Sonnabend, 16. Januar 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Januar 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärtige 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb [illegible] die 91 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Marienstraße 38 42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr." zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue
Nachmittag-Tee mit Konzert. Mittag- und Abend-Tafel im Terrassen-Saal an der Elbe. Bekannte vornehme Tafelmusik.
Festsäle und Konferenzzimmer.
Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Ein Protest gegen den Besatzungs-Skandal.

Allseitige Bedenken gegen die Betrauung Dr. Kochs mit dem Innenministerium.

Dr. Külz Nachfolger Dr. Geßlers?. — Drei Millionen für die Hochwasser-Geschädigten.

Ein Beschluß des Außenausschusses.

Berlin, 15. Jan. Der **Auswärtige Ausschuß des Reichstages nahm** nach längerer Aussprache über den Stand der **Auswirkungen von Locarno** mit allen Stimmen gegen die eine Stimme des Abg. v. Reventlow (D.-Völk.) bei Stimmenthaltung der Kommunisten folgende **Entschließung des Abgeordneten Freiherrn v. Rheinbaben (D Vp.) an:**

„Der Ausschuß nimmt in einer Debatte über die Auswirkung des Vertragswerkes von Locarno von den Pressenachrichten Kenntnis, wonach der Unterausschuß der Botschafterkonferenz beschlossen haben soll **die Truppenzahl der Besatzungsmächte in der zweiten und dritten Rheinlandzone auf etwa 75 000 festzusetzen. Eine Verwirklichung dieses Beschlusses würde berechtigte deutsche Erwartungen auf das stärkste enttäuschen.** Sie würde nicht nur die in früheren langwierigen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten bereits erzielten Ergebnisse (Note der Botschafterkonferenz vom 16. November 1925, betreffend erhebliche Herabsetzung der Besatzungsstärke auf annähernd die deutsche Friedensstärke) wieder umstoßen sondern überhaupt **in krassem Widerspruch zu der politischen Lage stehen, wie sie durch die Unterzeichnung der Verträge von Locarno geschaffen werden sollte.**

Der Auswärtige Ausschuß richtet auch im Hinblick auf weiter ausstehende außenpolitische Entscheidungen das nachdrückliche Ersuchen an die Reichsregierung ihre augenblicklichen Bemühungen um Herabsetzung der fremden Besatzungsstärken auf die Zahl der früheren deutschen militärischen Belegung (etwa 45 000 Mann) und um eine dem Zweck des Vertragswerkes von Locarno entsprechende Regelung des Besatzungsregimes auf das energischste fortzusetzen und dem Auswärtigen Ausschuß von dem Erfolg ihrer Schritte Mitteilung zu machen. Als die Verhandlungen in Locarno aufgenommen wurden, betrug die Besatzung 86 000 Mann. Wenn sie zukünftig auf 75 000 Mann herabgesetzt werden soll so ist das zwar eine Verminderung, aber keineswegs eine solche die befriedigen kann. **Deutscherseits muß auf einer Herabsetzung mindestens auf 50 000 Mann einschließlich aller Nebenformationen bestanden werden. Nur darin kann von unserem Standpunkt aus eine Erfüllung der uns gemachten Zusagen erblickt werden."**

Ein glatter Vertragsbruch.

Berlin, 15. Jan. Zu der erneuten Verhöhnung des Vertragswerkes von Locarno durch den Besatzungsskandal schreibt heute die dem Reichsaußenminister Stresemann nahestehende „Tägliche Rundschau": **Daß in Locarno von einer wesentlichen Verminderung der Besatzungstruppen gesprochen worden ist, wird selbst vom englischen „Daily Telegraph" zugegeben.** In Deutschland ist von niemand das behauptet worden, daß die in Locarno gegebene Zusage in eine bestimmte Form gebracht sei, im Gegenteil man hat es in Deutschland stets als einen schweren Mangel empfunden, daß eine bestimmte Formulierung der hinsichtlich der Truppenveränderung gegebenen Zusage nicht erreicht werden konnte.

Und daß dieses Empfinden das Richtige getroffen hat, zeigt sich jetzt, da wir allem Anschein nach vor der Tatsache stehen, daß im besetzt bleibenden Gebiete keine Verminderung, sondern im Gegenteil nur eine Verlegung der Besatzungstruppen stattfinden soll.

Es standen in der zweiten und dritten Rheinlandzone **bisher wenig mehr als 50 000 Mann, und diese Zahl soll nunmehr auf 75 000 erhöht werden,** was eine **Steigerung der Besatzungslasten von fast 50 Prozent für die Bevölkerung des besetztbleibenden Gebietes bedeuten würde.** Was will man denn mit diesen Truppen im Rheinlande, die nur um ein Viertel geringer sind als die ganze deutsche Reichswehr? Was will man mit ihnen machen, nachdem der Pakt von Locarno den Westmächten alle Sicherheiten bietet? **Daß eine Vergrößerung der Truppen im besetztbleibenden Rheinland weder mit dem Geist von Locarno vereinbar ist, noch auch mit dem Versailler Vertrag, ist klar.** Wird tatsächlich nach den Angaben des „Daily Telegraph" verfahren, so ständen wir vor einem **glatten Vertragsbruch.**

Bayern in der Außenpolitik des Reiches.

Die Enttäuschung bezüglich des Locarnogeistes.

München, 15. Jan. Im Haushaltsausschuß des Bayrischen Landtages betonte heute Ministerpräsident **Dr. Held**, daß für die Stellung Bayerns als Staat im Reiche die Notwendigkeit bestehe ein Instrument wie das Ministerium des Aeußeren zu behalten. Hätten wir es nicht, so erklärte er, dann würde es keinem Zweifel unterliegen, daß Bayern bereits zu einer Provinz des Reiches herabgesunken wäre. Zur Frage des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund bemerkte der Ministerpräsident, auch heute sei er der Meinung, daß es für Deutschland nicht von Nachteil sei, wenn es dem Völkerbunde fernbleibe. **Bezüglich des Locarnogeistes habe er eine arge Enttäuschung erlebt.** Solange Frankreich die Frage von Locarno selbst noch nicht entschieden habe, brauche es Deutschland nicht zu pressieren, in den Völkerbund einzutreten und alle Türen zuzuschlagen zur Erreichung größerer Vorteile aus dem Locarnovertrage.

Geistige Zusammenarbeit?

Ein vielleicht bezeichnender, auf jeden Fall aber äußerst bedenklicher Auftakt für eine an sich begrüßenswerte Sache: In Paris wird heute mit einem feierlichen Akt das „Internationale Institut für geistige Zusammenarbeit" eröffnet werden, das nach fast sechsjähriger vorbereitender Arbeit einer Völkerbundskommission zustandegekommen, auf kulturellem Gebiet den in der Politik immer nebelhafter werdenden „Geist von Locarno" lebendig machen soll. Gewissermaßen am Vorabend dieses beachtlichen Ereignisses aber wird ein von der französischen Gesellschaft für Pädagogik veranlaßter Vortrag einer deutschen Frau Elisa Hotten über die deutsch-französische Annäherung unter einem riesigen Tumult gesprengt, der durch bekannte Schmährufe wie „Boches heraus!" sein markantes Gepräge erhält! Fürwahr eine ernüchternde Begleitmusik zu dem Phrasenschwall, der anläßlich der Eröffnung des Instituts von der Seine her über die deutsche Grenze tönen wird. Daß sein Echo in Deutschland nicht freudig zustimmend sein kann, liegt nicht daran, daß man nicht auch und gerade in Deutschland ehrlich bestrebt wäre, jede Möglichkeit zu fördern, die so dringend notwendige Zusammenarbeit im Geistesleben der Völker zu erreichen. Früher und stärker als in allen anderen Ländern hat man in Deutschland den ideellen und kulturellen Wert einer engen geistigen Zusammenarbeit erkannt und die gemeinsame Wahrung und Mehrung der Kulturgüter gefordert. Hat doch erst vor Monatsfrist noch der Reichsaußenminister Stresemann vor der Berliner Presse betont, daß die Kulturpolitik ihre höchste Form in der gemeinsamen übernationalen Verwaltung der Kulturgüter finde. Trotzdem kann die ganze Vorgeschichte der Bewegung unter der Führung eines Völkerbundes, der eben noch — nach Locarno! — den Deutschenfresser van Hamel zum Kommissar von Danzig ernannt und damit seine unentwegt deutschfeindliche Einstellung erneut bekundet hat, kaum vor allem die Errichtung des Instituts in Paris unter ständiger französischer Leitung und damit der französische Anspruch auf die geistige Vorherrschaft Frankreichs nicht geeignet sein, Deutschland zu freudiger Mitarbeit zu veranlassen. Es war Frankreich, das sich mit zäher Energie die Bewegung im Völkerbunde dienstbar gemacht, das einen Flügel des Palais Royal für das Institut zur Verfügung gestellt und sich trotz seiner finanziellen Bedrängnis zu einer Jahresbeitragsleistung von 2 Millionen Franken verpflichtet hat unter der Bedingung, daß das Institut nach Paris verlegt und sein Leiter stets ein Franzose sein müsse. Die Begründung der Vorlage in der Kammer, nach der es Frankreichs Beruf sei, für die Entwaffnung der Geister und die Versöhnung der Völker zum Heile der Menschheit Opfer zu bringen, und zu zeigen, daß es immer noch an der Spitze der Zivilisation marschiere, weist dabei ebenso auf die Pariser Erwartungen einer Förderung des kulturellen französischen Imperialismus hin wie die Hartnäckigkeit, mit der es trotz beachtlicher Widerstände im Völkerbunde selbst seinen Anspruch auf Paris als Vorort der Bewegung durchgesetzt hat. Manche deutsche Bedenken hätten durch die Wahl eines wirklich neutralen Sitzes des Instituts beseitigt werden können. So aber gebietet es die Ehrlichkeit, mit der man in Deutschland die Bestrebungen einer geistigen Zusammenarbeit verfolgt, und die auch die erste Voraussetzung jeder wirklichen Zusammenarbeit ist, den deutschen Argwohn nachdrücklichst zu unterstreichen, der in der unverkennbaren Tatsache begründet ist, daß die begrüßenswerte internationale Strömung ein sehr stark in die Augen springendes französisches Vorzeichen erhalten hat; ein Argwohn, der auch durch die Mitwirkung Professor Einsteins im Völkerbundsausschuß seit dem letzten Frühjahr durchaus nicht behoben werden kann.

Trotzdem soll nicht geleugnet werden, daß das Institut, als es im Dezember schon vor seiner offiziellen Eröffnung unter dem Vorsitz seines Leiters, des französischen Generalinspekteurs für öffentlichen Unterricht, Julien Luchaire, seine Arbeit begann, eine anerkennenswerte Absicht bekundet hat. Es wurde nämlich beschlossen, einen Unterausschuß mit der Durchsicht der geschichtlichen und geographischen Schulbücher der Völker zu betrauen, um „Irrtümer" auszumerzen, die dem Einvernehmen der Völker hinderlich sein können. Daß gerade die französischen Lehrbücher von den widerlichsten Ausgeburten schlimmsten Deutschenhasses und krassester Fälschungen strotzen, ist eine zu bekannte Tatsache, als daß man noch besonders auf sie einzugehen braucht. **Es ist auch nicht einen Augenblick zweifelhaft, daß besonders auf diesem Ge-**

Der Streit um das Innenministerium.

Wieder ergebnislose Verhandlungen!

Berlin, 15. Januar. Die Verhandlungen, die Reichskanzler Dr. Luther heute nachmittag wegen der Bildung seines Kabinetts der Mitte führte, wurden nach knapp zweistündiger Dauer

ohne Ergebnis abgebrochen

und ihre Fortführung wurde auf Sonnabend vormittag vertagt. Es gelang nicht, in der Frage der Besetzung des Reichsinnenministeriums zu einer Einigung zu gelangen. Die Demokraten, die sich auf das Innenministerium förmlich festgebissen haben, verlangten erneut, daß dieses wichtige politische Ministerium von einem ihrer Leute, und zwar ihrem Führer Koch, besetzt werde. Von der Deutschen Volkspartei wurde dagegen ziemlich energisch verlangt, daß dieses Ministerium an eine Persönlichkeit zu vergeben sei die sich in der Parteipolitik nicht in dem Maße nach der linken Seite betätigt habe, wie der Abgeordnete Koch. **Die Deutsche Volkspartei gab sogar zu erkennen, daß sie keineswegs darauf beharre, daß dieses Ministerium gerade mit einem Mann aus ihren Reihen besetzt werde.** Es wurde die Frage aufgeworfen, was man denn beispielsweise an dem deutschnationalen Innenminister Schiele auszusetzen gehabt hätte, der von einer den Republikanern nicht „zuverlässig" erscheinenden Partei gekommen sei und doch sein Amt vorbildlich ausgeübt habe. Wenn jetzt ein Volksparteiler in das Innenministerium einzöge so würde er der Republik doch sicher in demselben Maße dienen, wie der deutschnationale Minister. Reichskanzler Dr. Luther, der persönlich geneigt war, das Innenministerium mit einer volksparteilichen Persönlichkeit zu besetzen, bot den Demokraten das gerade in der jetzigen Notzeit doch auch eminent wichtige Reichswirtschaftsministerium an, das der bisher dafür in Aussicht genommene Kandidat, der Zentrumsabgeordnete Lammers, abzulehnen scheint. Er erklärte weiter, daß er, um tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden um das Innenministerium streitenden Parteien zu vermeiden, zunächst versuchen werde, das Innenministerium mit einer unpolitischen Persönlichkeit, die nicht dem Parlament angehört, zu besetzen. Dr. Luther hat als eine solche Persönlichkeit den Staatssekretär im Reichsinnenministerium, Dr. Zweigert, vorgeschlagen. **Es scheint aber, als ob sich das Zentrum mit Dr. Zweigert nicht einverstanden erklären würde.**

Eine zweite Schwierigkeit bildete das Reichswehrministerium. Auch hier gelang es noch nicht, eine volle Klärung zu schaffen. Von demokratischer Seite wurde am Abend mitgeteilt, Reichswehrminister Dr. Geßler hätte heute nachmittag erneut erklärt, daß er kein Amt in einem neuen Kabinett annehmen wolle. Man erklärte sogar daß der Rücktritt Dr. Geßlers endgültig sei. Zunächst allerdings noch unverbürgte Gerüchte nannten heute

als Nachfolger den Dresdner Bürgermeister Dr. Külz,

der bekanntlich auch der Demokratischen Partei angehört und während des Krieges als Hauptmann der Reserve Frontdienst getan habe. Der Reichskanzler Dr. Luther erstattete am Abend dann wiederum dem Reichspräsidenten von Hindenburg Bericht über seine heutigen Verhandlungen. Wenn die Versuche Dr. Luthers scheitern sollten, wird nach allgemeiner Auffassung nichts anderes übrig bleiben als die Auflösung des Reichstags und der Appell an das deutsche Volk. Möglich wäre höchstens noch die Bildung eines Geschäfts- oder Beamtenministeriums, doch besteht dafür wenig Wahrscheinlichkeit. **Zu bemerken ist im übrigen noch, daß die Verhandlungen durch die Haltung namentlich des Zentrums nicht gerade erleichtert werden. Es beansprucht ohne weiteres vier Posten des neuen Kabinetts für sich.** Es liegt auf der Hand, daß durch solche Ansprüche dem Reichskanzler Dr. Luther die Arbeit nicht leicht gemacht wird.

Enrico Tosselli †.

Florenz, 15. Jan. **Der Pianist Enrico Tosselli, Gemahl der ehemaligen Kronprinzessin Marie Luise von Sachsen, ist hier gestorben.**